

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	7
Abkürzungsverzeichnis.....	21
<b>Erster Teil: Einführung .....</b>	<b>25</b>
A. Thema der Untersuchung .....	25
I. Arbeit im Gefängnis .....	25
II. Allgemeine Fragestellung.....	27
III. Konkreter Gang der Untersuchung.....	27
B. Methodisches Vorgehen.....	28
I. Historische Entwicklungen der Gefängnisarbeit .....	28
II. Analyse und Bestand der aktuellen Situation .....	29
1. Charakterisierung von „Zwangarbeit“.....	29
2. Verfassungs- und völkerrechtliche Determinanten der Sozial- versicherung.....	30
C. Zielsetzung der Untersuchung.....	31
<b>Zweiter Teil: Die Entstehung der modernen Freiheitsstrafe in West- und Mitteleuropa .....</b>	<b>33</b>
A. Gründung der ersten Zuchthäuser und Gefängnisse – 16. Jahrhundert .....	33
B. Abkehr vom Behandlungsvollzug.....	35
C. Wiederbelebung der Resozialisierungsidee als Folge der Aufklärung.....	35
D. Abschreckung und Vergeltung als Maßgaben des Strafvollzugs im Dritten Reich .....	39
E. Zusammenfassung.....	40
<b>Dritter Teil: Arbeitspflicht, Entlohnung und Sozialversicherung im Strafvollzug .....</b>	<b>41</b>
A. Entstehung des Strafvollzugsgesetzes .....	41
B. Zielsetzung und Grundsätze des Strafvollzugs nach dem StVollzG .....	42
C. Die Arbeitspflicht des Strafgefangenen gemäß § 41 Abs. 1 StVollzG.....	46
D. Gesetzliche Regelung und Formen der Gefangenendarbeit .....	48

E. Die Entlohnung der Strafgefangenen .....	50
I. § 200 StVollzG a.F. ....	50
II. Entgeltanspruch gemäß § 200 StVollzG n.F. ....	51
III. Lohnverwendungsmöglichkeiten .....	53
IV. Kosten im Gefängnis .....	54
F. Die Einbindung des Gefangenen in die Sozialversicherung .....	55
I. Unfallversicherung .....	56
II. Arbeitslosenversicherung .....	56
III. Krankenversicherung .....	56
IV. Rentenversicherung .....	57
<b>Vierter Teil: Verfassungsrechtliche Überprüfung der §§ 41, 200, 190-193 StVollzG .....</b>	<b>59</b>
<b>A. Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom 01.07.1998</b>	
– BVerfGE 98, 169 .....	59
I. Sachverhalt .....	59
II. Entscheidungsgründe .....	62
III. Abweichende Meinung Richter Kruis .....	65
<b>B. Geltung der Grundrechte im Strafvollzug .....</b>	<b>66</b>
<b>C. Verfassungsrechtliche Maßgabe für den Strafvollzug – das Resozialisierungsgebot .....</b>	<b>69</b>
<b>D. Vereinbarkeit der Arbeitspflicht gemäß § 41 StVollzG mit Verfassungsrecht .....</b>	<b>71</b>
I. Vereinbarkeit mit Art. 12 Abs. 1 GG .....	71
II. Vereinbarkeit mit Art. 12 Abs. 2 und Abs. 3 GG .....	72
1. Schutzgehalt des Art. 12 Abs. 2 und Abs. 3 GG.....	72
a) Auslegung des Begriffs „Zwang zu einer bestimmten Arbeit“.....	74
(1) Wortlaut.....	74
(2) Historische Auslegung .....	75
(3) Systematische Auslegung .....	76
(4) Teleologische Auslegung .....	76
b) Auslegung des Begriffs „Zwangarbeit“ .....	78
(1) Wortlaut.....	78
(2) Historische Auslegung .....	78
(3) Systematische Auslegung .....	81
(4) Teleologische Auslegung .....	81
c) Auswertung der Rechtsprechung zu den Begriffen Arbeitszwang und Zwangarbeit .....	82
(1) Obergerichtliche Rechtsprechung .....	82

i)	Zwangsarbeit bei einer unfreiwillig aufgenommenen Vollzeittätigkeit.....	82
ii)	Arbeitszwang bei Teilzeittätigkeit, deren Nichterfüllung geahndet wird.....	83
iii)	Keine Zwangsarbeit bei zeitlicher und sachlicher Begrenzung der Tätigkeit.....	84
(2)	Rechtsprechung des BVerwG, BSG und BVerfG .....	85
i)	Zeitlich befristeter Militärdienst ist gerechtfertigter Arbeitszwang im Sinne von Art. 12 Abs. 2 GG.....	85
ii)	Arbeitszwang nur bei höchstpersönlicher Verpflichtung.....	85
iii)	Zwangsarbeit nur bei Unfreiwilligkeit, verstanden als gesetzliche Verpflichtung zu einer Tätigkeit.....	86
iv)	Arbeitszwang bei Erfüllung einer gemeinnützigen Tätigkeit.....	87
v)	Differenzierung der Begriffe „Arbeitszwang“ und „Zwangsarbeit“ nur fallbezogen und unter Berücksichtigung von Art. 1 Abs. 1 GG möglich.....	88
vi)	Zusammenfassung Arbeitszwang und Zwangsarbeit in der Rechtsprechung .....	89
d)	Auswertung der in der Literatur vertretenen Ansichten.....	90
(1)	Arbeitszwang und Zwangsarbeit nur bei Zwang zu beruflicher Tätigkeit.....	90
(2)	Unterscheidung zwischen Arbeitszwang und Zwangsarbeit nach dem Zweck der Arbeit .....	91
(3)	Keine Differenzierung zwischen Arbeitszwang und Zwangsarbeit .....	93
(4)	Wortlaut und Trennung der Absätze bedingt inhaltliche Differenzierung.....	95
(5)	Arbeitszwang bei rechtlicher Verpflichtung.....	96
(6)	Verbot des Arbeitszwangs als Verhinderung von Lohndumping .....	97
(7)	Zusammenfassung Arbeitszwang und Zwangsarbeit in der Literatur.....	97
e)	Zwischenergebnis.....	97
f)	Vergleich zu Fragestellungen des Sozialrechts .....	98
(1)	Grundstruktur der Regelungen von SGB II und SGB XII .....	98
(2)	Leistungen zur Eingliederung in Arbeit .....	99

(3) Sanktionen im SGB II bei Ablehnung zumutbarer Arbeit.....	100
(4) Zumutbare Arbeit .....	100
(5) Vergleich zur Rechtslage in der Schweiz.....	101
(6) Leistungskürzung als Eingriff in Art. 12 GG .....	102
i) Argumentation von Rechtsprechung und Literatur.....	103
a) Keine Beeinträchtigung von Art. 12 Abs. 1 GG ....	103
b) Keine Beeinträchtigung von Art. 12 Abs. 2 und Abs. 3 GG .....	103
ii) Stellungnahme und eigene Auffassung.....	104
(7) Zusammenfassung.....	109
g) Charakterisierung der Zwangsarbeit – Zusammenfassung und eigener Ansatz.....	109
(1) Zusammenfassung.....	109
(2) Eigener Ansatz zum Begriff „Zwangsarbeit“ – unfreewillige Arbeit zu „schlechten“ Bedingungen .....	110
i) Zwangsarbeit = Arbeit zu Bedingungen, die von dem in einer Gesellschaft gegebenen Rechtsrahmen abweichen .....	110
ii) Widerlegt durch „vergoldete“ Zwangsarbeit?.....	111
a) Vorgehen der West-Alliierten .....	112
b) Vorgehen der Sowjetunion.....	113
iii) Bestätigung des eigenen Ansatzes unter Berücksichtigung des historischen Kontextes .....	114
(3) Subsumtion der Gefängnisarbeit .....	115
2. Eingriff .....	125
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	125
4. Ergebnis .....	130
III. Vereinbarkeit mit Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG – Resozialisierungsgebot.....	130
1. Arbeitspflicht als Kern der Resozialisierung .....	131
2. Verstoß gegen das Resozialisierungsgebot durch die Arbeitspflicht.....	131
3. Vergleich zur Schulpflicht .....	132
4. Stellungnahme .....	134
IV. Vereinbarkeit mit Art. 3 Abs. 1 GG .....	135
1. Verfassungsrechtlich relevante Ungleichbehandlung .....	137
2. Rechtfertigung der Ungleichbehandlung .....	137
3. Ergebnis .....	138

E. Vereinbarkeit der Entlohnung gemäß §§ 43 Abs. 1, 200 StVollzG mit Verfassungsrecht .....	138
I. Vereinbarkeit mit Art. 2 Abs. 1 GG i.V.m. Art. 1 Abs. 1 GG – Resozialisierungsgebot .....	138
1. Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung – obergerichtliche Rechtsprechung .....	139
2. Verfassungsmäßigkeit der Neuregelung – Literatur .....	141
3. Bundesverfassungsgericht: Neuregelung noch verfassungsgemäß! .....	142
4. Stellungnahme .....	143
a) Marktfeme der Gefängnisarbeit .....	143
b) Keine Erhebung eines Haftkostenbeitrags .....	145
c) Entstehung einer gefängnisinternen Subkultur bei höherer Vergütung .....	145
d) Verlust von Arbeitsplätzen bei weiterer Erhöhung der Vergütung .....	146
e) Weitere Erhöhung der monetären Entlohnung kein Garant für Resozialisierung .....	146
f) Zulässige Kombination monetärer und nicht monetärer Entlohnung .....	148
g) Ergebnis .....	151
II. Vereinbarkeit mit Art. 6 Abs. 1 GG .....	151
1. Schutzbereich .....	152
2. Eingriff .....	152
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	153
F. Vereinbarkeit der Regelungen der §§ 190–193 StVollzG mit Verfassungsrecht .....	154
I. Suspendierung der Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung, § 198 Abs. 3 StVollzG .....	155
II. Einbeziehung in die Rentenversicherung aufgrund der Arbeitstätigkeit .....	155
III. Folgen der fehlenden Einbeziehung in die Rentenversicherung .....	157
IV. Vereinbarkeit mit Art. 14 Abs. 1 GG .....	158
1. Schutzbereich .....	158
2. Eingriff .....	160
3. Verfassungsrechtliche Rechtfertigung .....	161
a) Urteil des 5. Senates des Bundessozialgerichts vom 26.05.1988 .....	162
b) Vorlagebeschluss des Bundesverfassungsgerichts vom 14.11.2000 .....	165

c) Gerichtsbescheid des Sozialgerichts Kassel vom 02.07.2003.....	166
d) Auswertung der Urteile und Verhältnismäßigkeitssprüfung.....	167
(I) Einschränkung des Urteils BVerfGE 75, 78 auf bestimmte Personengruppen.....	167
(2) Berücksichtigung individueller Verhältnisse im Rahmen der Verhältnismäßigkeit.....	169
(3) Verhältnismäßigkeit der Regelung aufgrund eigen-verantworteter Versorgungslücken.....	172
(4) Ergebnis der Verhältnismäßigkeitssprüfung .....	173
4. Ergebnis .....	173
V. Vereinbarkeit mit Art. 3 Abs. 1 GG .....	174
1. Differenzierung zwischen Strafgefangenen im freien Beschäftigungsverhältnis und Strafgefangenen, die in Unternehmer- oder Hausbetrieben tätig werden .....	174
a) Rechtlich relevante Ungleichbehandlung.....	174
(1) Ungleichbehandlung.....	174
(2) Relevanz des gesetzgeberischen Unterlassens.....	174
i) Rechtlich relevante Bindung durch § 198 Abs. 3 StVollzG .....	175
ii) Verletzung grundgesetzlicher Schutzpflichten .....	176
b) Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	179
(1) Rechtfertigung aufgrund unterschiedlicher Zweckrichtung der Arbeit .....	179
(2) Rechtfertigung aufgrund Freiwilligkeit der Tätigkeit im Freigang .....	180
(3) Rechtfertigung aufgrund möglicher Destabilisierung der Rentenversicherung.....	180
(4) Rechtfertigung aufgrund finanzieller Belastung der Länderhaushalte .....	181
c) Ergebnis .....	183
2. Differenzierung zwischen Arbeitnehmern der freien Wirtschaft und Strafgefangenen.....	183
a) Rechtlich relevante Ungleichbehandlung.....	183
b) Rechtfertigung der Ungleichbehandlung.....	184
c) Ergebnis .....	184
G. Ergebnis der verfassungsrechtlichen Prüfung .....	185

Fünfter Teil: Völkerrechtliche Überprüfung der §§ 41, 200, 190–193	
StVollzG.....	187
A. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit universellem	
Völkerrecht .....	188
I. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit dem Recht	
der IAO.....	188
1. Auslegung und Rechtsnatur der IAO-Übereinkommen.....	188
a) Auslegung völkerrechtlicher Verträge gemäß Art. 31 ff.	
WVK.....	189
b) Auslegung von Übereinkommen der Internationalen	
Arbeitsorganisation .....	190
2. Vereinbarkeit der Arbeitspflicht mit IAO-Übereinkommen	
Nr. 29 und Nr. 105.....	191
a) Historische Entwicklung des Zwangsarbeitsverbots .....	191
(1) Entwicklung des Sklavereiverbots seit dem 18. Jahr-	
hundert.....	191
(2) Entwicklung des Zwangsarbeitsverbots bis heute .....	196
(3) Zusammenfassung historische Entwicklung .....	199
b) Bedeutung der Verbote von Sklaverei und Zwangsarbeit .....	200
(1) Voraussetzungen für die Bildung von Völkergewohn-	
heitsrecht und zwingendem Völkerrecht (ius cogens).....	200
(2) Völkerrechtliche Bedeutung des Sklavereiverbots .....	201
(3) Völkerrechtliche Bedeutung des Zwangsarbeitsverbots....	203
c) Aktueller Begriff der Zwangsarbeit der IAO-Überein-	
kommen Nr. 29 und Nr. 105 .....	204
(1) Begriff der Sklaverei und sklavereiähnlicher Praktiken ....	204
i) Entrechtung des Betroffenen .....	205
ii) Unfreiwilligkeit der Rechtsstellung oder Lage .....	207
iii) Wirtschaftliche Ausbeutung des Betroffenen .....	207
iv) Abhängigkeitsverhältnis?.....	208
v) Rassische Diskriminierung? .....	208
vi) Zusammenfassung .....	208
(2) Begriff der Zwangsarbeit im Sinne der Überein-	
kommen Nr. 29 und Nr. 105.....	209
i) „Arbeit“ .....	211
ii) „Androhung einer Strafe“ .....	211
iii) „Freiwilligkeit“ .....	211
iv) Unbeachtliche Merkmale .....	212
(3) Abgrenzung zwischen Sklaverei und Zwangsarbeit.....	212

d) Besonderheit der Tätigkeit in Gefängnissen .....	213
(1) Arbeit unter öffentlicher Aufsicht .....	213
(2) Kein Verdingen, kein Überlassen an private Individuen oder Unternehmen .....	214
(3) Kumulatives Vorliegen der Merkmale „staatliche Aufsicht“ und „kein Verdingen“ .....	215
e) Prüfung der Tätigkeit in Unternehmerbetrieben an den Merkmalen der IAO .....	216
f) Kollision zwischen deutschem Recht und Völkerrecht .....	220
(1) Kein Verstoß gegen IAO-Übereinkommen Nr. 29 .....	220
(2) Keine Bezugnahme des BVerfG auf Auslegung des Sachverständigenausschusses .....	223
(3) Bestätigung eines Völkerrechtsverstoßes – Anmerkung Klesczewski .....	224
(4) Stellungnahme – Feststellung eines Völkerrechtsverstoßes .....	225
i) Art. 59 Abs. 2 S. 1 GG – Bindung der Bundesrepublik Deutschland an völkerrechtliche Verträge .....	225
ii) Bindungswirkung von Entscheidungen und Auslegungsergebnissen internationaler Gerichte – Görgülü-Beschluss .....	228
iii) Bindung der Bundesrepublik Deutschland an die Auslegung des IAO-Sachverständigenausschusses? .....	229
a) Keine geschriebene Kompetenz zur Auslegung der Übereinkommen .....	230
b) Konkludente Kompetenz zur Auslegung des Übereinkommens? .....	230
c) Bindung an die Auslegung des Sachverständigenausschusses? .....	233
(5) Folgen des festgestellten Völkerrechtsverstoßes .....	237
i) Sanktionen .....	237
ii) Bindung über <i>pacta sunt servanda</i> .....	237
iii) Bindung über Art. 25 GG .....	238
iv) Zusammenfassung .....	239
g) Vereinbarkeit der Tätigkeit Strafgefangener in Eigenbetrieben mit dem IAO-Übereinkommen Nr. 29 .....	239
3. Vereinbarkeit der Regelungen zur Sozialversicherung mit IAO-Übereinkommen Nr. 102 und Nr. 128 .....	240
a) IAO-Übereinkommen Nr. 102 .....	240
b) Übereinkommen Nr. 128 .....	242

c) Implementierung eines Schutzes bedürftiger Bevölkerungsgruppen .....	243
4. Ergebnis .....	244
II. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit dem IPbpR .....	244
1. Allgemeines .....	244
a) Parallele Regelungen zu weiteren völkerrechtlichen Menschenrechtsverträgen.....	244
b) Kontrollmechanismen und Individualschutz im IPbpR .....	245
c) Auslegung des IPbpR .....	245
d) Unmittelbare Anwendbarkeit oder Staatenverpflichtung? .....	246
2. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit konkreten Gewährleistungen .....	249
a) Art. 8 Abs. 3 lit. a) IPbpR .....	249
b) Art. 10 Abs. 1, Abs. 3 S. 1 IPbpR – Menschenwürde und Wiedereingliederung .....	249
(1) Konkretisierung durch General Comment No. 9 und No. 21 .....	249
(2) Konkretisierung durch Mindestgrundsätze für die Behandlung Strafgefangener? .....	250
(3) Konkretisierung durch Art. 7 IPbpR?.....	253
c) Art. 23 Abs. 1 IPbpR – Schutz von Ehe und Familie.....	254
d) Art. 26 IPbpR – Diskriminierungsverbot .....	254
(1) Konkretisierung durch General Comment No. 18 .....	255
(2) Prüfung am Maßstab des Art. 26 IPbpR.....	256
i) Diskriminierung aufgrund eines „sonstigen Status“ ....	256
ii) Rechtfertigung der Diskriminierung .....	257
e) Ergebnis zur Prüfung des IPbpR .....	258
III. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit dem IPwskR ....	258
1. Allgemeines .....	258
a) Überblick über die Gewährleistungen des IPwskR .....	258
b) Völkerrechtliche Wirkung.....	259
c) Innerstaatliche Wirkung .....	260
2. Vereinbarkeit der Regelung zur Entlohnung mit Art. 7 a) IPwskR .....	261
3. Vereinbarkeit der Regelungen zur Sozialversicherung mit Art. 9 IPwskR .....	261
a) Inhalt des Art. 9 IPwskR – General Comment No. 19 .....	262
b) Prüfung am Maßstab des Art. 9 IPwskR .....	264
(1) Art. 9 IPwskR als subjektives öffentliches Recht? .....	264

(2) Handlungsverpflichtung des Gesetzgebers aus Art. 9 IPwskR? .....	264
i) Verletzung von Art. 9 IPwskR.....	265
ii) Bindung an die Auslegung des Sozialausschusses .....	266
iii) Rechtfertigung oder Ausgleich der Beeinträchtigung .....	268
c) Folgen des Völkerrechtsverstoßes.....	270
4. Ergebnis .....	270
B. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit regionalem Völkerrecht.....	270
I. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit der EMRK .....	271
1. Allgemeines .....	271
a) Wirkung der EMRK im innerstaatlichen Recht .....	271
b) Besonderheit der EMRK – die Individualbeschwerde .....	271
c) Bedeutung des EGMR für die Auslegung und Anwendung der EMRK .....	273
2. Vereinbarkeit der Arbeitspflicht gemäß § 41 Abs. 1 StVollzG mit Art. 4 Abs. 2 EMRK.....	274
a) Begriff der Zwangsarbeit der EMRK.....	274
(1) Van der Mussele /. Belgien .....	275
(2) Schmidt /. Deutschland.....	277
(3) Sokur /. Ukraine u.a.....	278
(4) Siliadin /. Frankreich .....	278
(5) Zusammenfassung der Rechtsprechung des EGMR.....	280
b) Vereinbarkeit der Arbeit in Unternehmerbetrieben mit Art. 4 Abs. 2 EMRK .....	280
(1) Zwangsarbeit im Sinne von Art. 4 Abs. 2 EMRK .....	280
(2) Ausnahmetatbestand nach Art. 4 Abs. 3 EMRK .....	281
i) Van Drogenbroeck /. Belgien .....	281
ii) Weitergehende Bezugnahme auf Auslegung des Sachverständigenausschusses .....	282
iii) Auslegung des Ausnahmetatbestands.....	282
c) Verletzung des Zwangsarbeitsverbots durch Arbeit in sonstigen Betriebsformen.....	284
d) Ergebnis .....	284
3. Vereinbarkeit der Entlohnung mit Art. 8 Abs. 1 EMRK .....	284
4. Vereinbarkeit der Regelungen zur Sozialversicherung mit der EMRK.....	284
a) Art. 1 I. Zusatzprotokoll zur EMRK – Eigentumsschutz.....	284

b) Diskriminierungsverbot, Art. 14 EMRK i.V.m. Art. 1 1.	287
ZP EMRK .....	287
c) Verbot der erniedrigenden Behandlung, Art. 3 EMRK.....	288
5. Ergebnis.....	290
II. Vereinbarkeit der §§ 41, 200, 190–193 StVollzG mit der ESC.....	290
1. Allgemeines .....	290
a) Entstehung und Bedeutung der ESC .....	290
b) Überblick über Inhalt und Kontrollsysteem der ESC.....	291
c) Mittelbare Bindungswirkung der ESC .....	293
2. Vereinbarkeit der §§ 41, 198–200 StVollzG mit konkreten Gewährleistungen der ESC.....	294
a) Vereinbarkeit der Arbeitspflicht mit Art. 1 Abs. 2 ESC .....	294
b) Vereinbarkeit der Regelungen zur Sozialversicherung mit Art. 12 ESC.....	294
(1) Art. 12 Abs. 1 ESC.....	294
(2) Art. 12 Abs. 2 ESC.....	295
(3) Art. 12 Abs. 3 ESC.....	295
3. Ergebnis.....	297
C. Ergebnis der völkerrechtlichen Untersuchung .....	297
I. Feststellung des Ist-Zustandes.....	297
II. Wünschenswerte Regelung .....	298
Sechster Teil: Gesamtbetrachtung .....	299
Literaturverzeichnis .....	305